



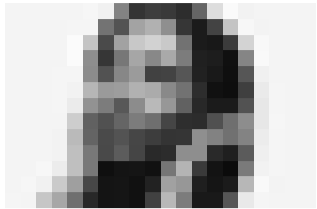
ISSN 1019-0287

Preis 60,- LUF

3. Nov. 2000

erscheint freitags

3/11 - 12/11/2000
(film/tv/theatre/concert/events)



Tower an Captain: Stopp!



Mouvement Ecologique und "Syndicats d'initiative" der Anrainergemeinden wollen die Ausbaupläne für den Findel stoppen. Sie befürchten, dass eine ungebremste Wirtschaftslogik keine Rücksicht auf die Interessen von Natur und Mensch nimmt. Deswegen haben sie einen internen Zwischenbericht öffentlich gemacht und kritisiert.

aktuell, Seite 2

(Foto: Christian Mosar)

GeldbotInnen

Fünf Überfälle auf Geldtransporter haben die Branche ins Gespräch gebracht. Die Arbeitsbedingungen lassen zu wünschen übrig, Vorschriften gibt es kaum.

dës woch, Seite 3

US-Wahlen

Es wird knapp im Rennen um die US-Präsidentschaft. Dabei spielt Grünen-Kandidat Ralph Nader eine große Rolle. Swingt Nader für Bush?

interglobal, Seite 7



Im Niemandsland

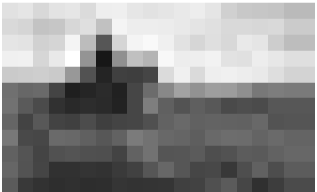
Edmond Oliveiras "Portugal - eine Bildreise" illustriert das Niemandsland zwischen Portugal und Luxemburg.

magazine, Seite 9

Slow Food Award

Ende Oktober wurde erstmals der internationale Slow Food Preis in Bologna vergeben, WOXX war bei der Verleihung dabei.

lifestyle, Seite 10



Ondaatje

Der neueste Roman des sri lankisch-kanadischen Erfolgsautors ist ein Thema unserer monatlichen Literaturbeilage.

Preis: 60 LUF



5 453000 211009

ÄRZTESTREIK

Die Ärztevereinigung AMMD greift zu einem im Konsensland Luxemburg kaum gebrauchten Mittel der sozialen Auseinandersetzung: dem Streik. Ist die Schonzeit der schwarz-blauen Vertagungsregierung vorbei?

Ein Kommentar von
Richard Graf

In Luxemburg gibt es ein Recht auf Streik. Das war nicht immer so, und die Arbeiterschaft musste harte Kämpfe auf sich nehmen, bis dieses Grundrecht anerkannt wurde. Ist es aber nicht der Gipfel der Ironie, dass jene, für die das Streikrecht erfunden wurde (nämlich von einem Arbeitgeber abhängig Arbeitende), langwierige Prozeduren, Vermittlungsverhandlungen, Ankündigungsfristen usw. einhalten müssen, während die "liberalen" Ärzte innerhalb weniger Tage einen Streik beschließen, ankündigen und dann auch noch durchführen können? Natürlich hinkt der Vergleich, denn rein arbeitsrechtlich können "Freiberufler" nicht streiken, sie weigern sich lediglich, ihre Praxen zu öffnen.

Die MedizinerInnen begründen ihre Arbeitsniederlegung mit einem flammenden Appell, die freie Medizin retten zu wollen. In dem

Flugzettel, der dieser Tage an allen Türen der Luxemburger Arztpraxen prangt, kommt das Wort "liberal" mindestens ein Dutzend Mal vor. Von einer hochwertigen Medizin ist die Rede, und davon, dass sie in Gefahr sei.

Anlass ist ein Gesetzesprojekt, dessen Beratung in den zuständigen Gremien in der Chamber und beim Staatsrat noch nicht einmal in Angriff genommen wurde. Dieses verlangt den Krankenhausärzten - freilich nur jenen, die als Freiberufler dort arbeiten - einen Obulus von schätzungsweise 30 Millionen LUF ab, als Beitrag zur Sanierung der Krankenkassen. 400 Ärzte und Ärztinnen sollen von dieser Regelung betroffen sein. Eine sinnlose Maßnahme meint die AMMD, denn die Krankenkassen seien gesund. Zudem wird die Berechnungsgrundlage als solche angefochten.

Was auffällt: Der Regierungsrat beschließt ein Gesetzesprojekt - nur wenige Tage vor einer längst anberaumten "Quadripartite", einer Sitzung, an der sämtliche Akteure im Gesundheitswesen, also auch Regierung und Ärzteschaft teilnehmen sollen. Unmittelbarer Handlungsbedarf bestand angesichts der nicht eben gerade katastrophalen finanziellen Resultate der Krankenkassen nicht. Dass nach dem Staat, den Patienten und den Arbeitgebern auch die Ärzteschaft einen Beitrag zur Sanierung der Krankenkassen leisten sollte, war zwar schon länger auf der Tagesordnung. Aber wieso musste einseitig, ohne vorherige Beratung, ein Modell vorgelegt werden, das für viele nicht nachvollziehbar ist?

Vielleicht steht im AMMD-Aufruf deshalb so oft das Wort "liberal", weil sie den liberalen Gesundheitsminister in die Pflicht nehmen will. Fast scheint es, als gelänge Premier Juncker, der die Krankenkassen langfristig saniert sehen will, ein ähnlicher Coup wie im Staatsbeamten-Dossier, in dem die

LSAP elektoral stärker abgestraft wurde als die CSV: Diesmal muss der liberale Gesundheitsminister mit den erbosten ÄrztInnen "schweitzen". Sein Problem: Unser Gesundheitswesen ist nur der Form nach "liberal", seine Finanzierung aber geschieht auf der Basis einer breit angelegten Solidargemeinschaft. Ohne dieses System stünde dem Gesundheitswesen insgesamt nur ein Bruchteil des aktuellen Budgets zur Verfügung. Das wäre nicht nur katastrophal für die Volksgesundheit, es würde auch den "freien" Arztberuf insgesamt gefährden.

Es geht also nicht um die Einführung einer "staatlichen Kontrolle", vielmehr muss ein Weg gefunden werden, wie unser Gesundheitssystem im Einverständnis aller verbessert werden kann. Brückierungen wie einseitig festgelegte Beitragserhöhungen, untransparente Zwangsabgaben und Streiks, die nicht die Regierung aber die PatientInnen treffen, sind da wenig hilfreich.